Einzelpreis 10 Pfg • 2. Jahrgang

Freitag, den 20. Juni 1919

Nummer 287 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2885 und 2886.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Worteanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sieg des Friedensgedankens.

Rücktritt des Kabinetts.

Die offizielle Meldung.

Weimar, 20. Juni, 1 Uhr 10 Min. morgens.

Das Kabinett ist soeben zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Die Gründe für den Rücktritt.

Kein Eintritt der Unabhängigen in ein Koalitionsministerium.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Weimar, 20. Juni.

Die Demission des Gesamtkabinetts, die um 1 Uhr nachts erfolgt ist, ist auf den inneren Zwiespalt, der in der Friedensfrage in der Regierung herrscht und auf die Meinungsverschiedenheit mit der Nationalversammlung zurückzuführen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in der Nationalversammlung sich eine Mehrheit für die Unterzeichnung finden wird. Aus der Fraktionssitzung der Rechtssozialisten wird noch berichtet, daß für die Abstimmung im Plenum Fraktionszwang beschlossen sei, so daß auch die Minderheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmen müßte. Die Fraktion der Rechtssozialisten hat ferner abgelehnt, für den Fall der Ablehnung der einschränkenden Bedingungen des Zentrums durch die Entente, den Friedensvertrag überhaupt abzulehnen. Daraufhin erfolgte der Rücktritt des Kabinetts.

Das Kabinett tagte bis 4 Uhr früh, ohne daß eine Lösung der Krise gefunden wurde. Es wird nach wie vor Hermann Müller als der aussichtsreichste Kandidat für das Ministerpräsidium genannt. Die Unabhängige Fraktion hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ein Kabinett Noske als Provokation der Arbeiterschaft ansehen würde. Auch ein Kabinett Erzberger wird erwogen. Doch steht schon heute fest, daß ein etwaiger Versuch, die Unabhängige Sozialdemokratie zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, schärfster Ablehnung begegnen wird.

Um 11 Uhr findet eine Fraktionssitzung der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, die jedoch schon vor Ausbruch der Krise anberaumt war.

Wer wird unterschreiben?

Keine neue Friedensdelegation.

Für den Fall der Unterzeichnung des Friedensvertrages soll nicht eine neue Friedensdelegation entsandt werden, sondern der in Versailles noch anwesende Gesandte Herr Daniel würde Vollmachten bekommen, den Vertrag zu unterschreiben.

Das Kompromiß.

Im „Vorwärts" geht Erich Kuttner auf die Bemühungen ein, mit den Demokraten und dem Zentrum ein Kompromiß abzuschließen, um diese Partei für die Unterschreibung der Bedingungen zu gewinnen. Nach Mitteilungen eines nationalistischen Blattes, der „Berliner Neuesten Nachrichten", soll Herr v. Payer angeregt haben, die Nationalversammlung soll der Entente mitteilen, daß sie bereit wäre, die Friedensbedingungen anzunehmen, wenn die Entente eine Volksabstimmung in Westpreußen zugestehen würde und auf die Auslieferung des früheren Kaisers verzichte. Kuttner bemerkt dazu:

„Ein derartiger Bedingungsinhalt erscheint uns als eine Unmöglichkeit, ja Ungeheuerlichkeit. Der Wunsch auf Volksabstimmung in Westpreußen läßt sich beweisen und billigen, aber ein Riesenblamage vor der Welt, eine moralische Ohrfeigung des deutschen Volkes wäre es, wenn es Zukunftsschicksal abhängig machen wollte von dem Schicksal eines einzelnen Mannes und gerade des Mannes, dem es sein Unglück zum großen Teil verdankt, und der von der großen Menge der Bevölkerung deswegen verflucht wird.

Im Lichte des Zentrumsbeschlusses nimmt sich diese Bedingung allerdings etwas anders aus. Nach ihm zu schließen, handelt es sich um die prinzipielle Frage der Auslieferung Deutscher, sowie um die „Ehrenfrage", d. h. um die bedingungslose Anerkennung der Schuld Deutschlands am Weltkriege. Aber auch diese Fragen erscheinen uns durchaus ungeeignet, um sie jetzt in den Brennpunkt der Entscheidung zu stellen und den schwerwiegendsten Beschluß, der je gefaßt wurde, von ihrer Entscheidung abhängig zu machen. Ueber das erzwungene Geständnis des Friedensvertrages wird die Weltgeschichte sehr bald zur Tagesordnung übergehen. An die Ehrenfrage dürfen wir uns in der gegenwärtigen Situation in letzter Linie klammern. Seine Ehre kann dem deutschen Volke von außen her nicht geraubt werden, die wirkliche Schande fällt vor dem Richterstuhl anständig denkender Menschen auf die Urheber aller Demütigungen."

Diese Bemerkungen sind zutreffen; wir können uns nicht vorstellen, daß diese Parteien so von aller Vernunft verlassen sind, daß sie im Ernst auf die Erfüllung ihrer Wünsche bestehen könnten.

Ein „schwerer Konflikt".

v. Richthofen aus der Demokratischen Fraktion ausgeschieden.

Die „Tägliche Rundschau" weiß heute zu berichten, daß der demokratische Abgeordnete v. Richthofen nach „schweren Konflikten" in der Fraktionssitzung aus der Demokratischen Partei ausgetreten sei.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch dieser „schwere Konflikt" bald beigelegt sein wird. Wenn erst Herr v. Richthofen Minister ist, wird die Demokratische Fraktion ihm bald wieder beitreten.

Die Eisenbahnerbewegung in Thüringen.

Weimar, 20. Juni.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit".)

Unter Führung unseres Genossen Bock verhandelten gestern in Weimar die Vertreter der Erfurter Eisenbahner mit dem Eisenbahnminister Oeser. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der Minister wird sich bei der Reichsregierung für die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Erfurt verwenden. Die Beamten- und Arbeiterorganisationen leisten demgegenüber Gewähr für die völlige Aufrechterhaltung des Betriebes und die Ruhe und Ordnung auf der Eisenbahn.

2. Der Minister erklärt grundsätzlich keine Bedenken zu haben, bei Beamten der mittleren und unteren Laufbahn Arbeiter in höhere Stellen zu setzen, wenn sie geeignet sind und wenn planmäßige Stellen offen sind.

3. Es sollen keine Maßregelungen stattfinden. Voraussetzung ist dabei, daß die frühere Besetzung der Beamtenstellen besteht.

4. Der Minister wird sofort einen Kommissar nach Erfurt senden zur Untersuchung der gegen die beteiligten höheren Beamten erhobenen Beschwerden. Der Kommissar hat Vollmacht, Beamte zu entfernen. Die Untersuchung geschieht unter Zuziehung von Vertretern der Beamten und der Arbeiter.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

T. U. Rom, 19. Juni.

Havas meldet: In der Kammer ersuchte Orlando um eine geheime Sitzung, um Mitteilungen über die auswärtige Politik zu machen. Er stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer verwarf den Antrag Orlandos mit 259 gegen 70 Stimmen. Infolge dieser Niederlage der Regierung ist das italienische Kabinett zurückgetreten.

Der Zusammenbruch der Verzweiflungspolitik.

Das Ministerium Scheidemann ist fort, das Gesamtkabinett ist zurückgetreten. Der Weg zu einer Politik der Vernunft, die sich nicht länger sträubt, das Notwendige und Unerläßliche zu tun, ist frei und wird jetzt beschritten werden. Das Hindernis, das die Existenz dieses Ministeriums des abenteuerlichen Dilettantismus bedeutet, ist gefallen.

Die Regierung Scheidemann endet, wie sie gelebt hat, in Unaufrichtigkeit und Falschheit. Niemand, der Scheidemann und seine Leute kennt, wird glauben, daß sie als charaktervolle Vertreter einer Idee fallen; an Scheidemann, dem Mann eines kurzsichtigen und charakterlosen Opportunismus, ist nichts echt und fest, das Eintreten für den nationalen Gedanken so wenig wie für den sozialistischen. Scheidemann stirbt an Th. Wolff und Stampfer, denn auch die falschen Gedanken bezog er von andern. Er selbst hat ursprünglich gar nicht daran gedacht, das „Unannehmbar" auszusprechen, ließ es sich erst im letzten Augenblick von anderen aufoktroyieren. Nun fand der Vielgewandte keinen Ausweg mehr.

Seine Rolle ist aber damit noch nicht zu Ende; er muß als Parteiführer vollenden, was er als Minister so erfolgreich begonnen: seine Partei zugrunde zu richten und gegen seinen Willen die Rückkehr der Arbeiterschaft in das Lager des revolutionären, grundsätzlichen Sozialismus zu beschleunigen. Die auswärtige Politik seiner Regierung war von Beginn an völlig verfehlt; dem von den Ententemächten besiegten Deutschland konnte nur einer helfen: Ehrlichkeit und Offenheit. Daran ließ es die Regierung Scheidemann völlig fehlen. Statt durch eine energische und rücksichtslose Politik mit dem Geiste und den Methoden des alten Regimes gänzlich zu brechen und für Deutschland so die demokratischen und sozialistischen Kräfte der ganzen Welt zu mobilisieren, hat Scheidemann mit seinen Leuten die Revolution ruiniert, das deutsche Volk diskreditiert und im Ausland den Hassern und Chauvinisten ihr Spiel erleichtert. Ungenützt ließ man die kostbare Zeit verrinnen, ohne durch offene und ehrliche Vorschläge auf die Gestaltung des Friedens einzuwirken zu versuchen. Und als dann endlich die Friedensbedingungen kamen, begann man mit halbem Herzen und halbem Glauben jene Politik die dem Ausland nur als neuer Beweis der Unehrlichkeit erschien, die es als elenden Bluff wertete und verhöhnte, die aber das deutsche Volk mit der verderblichsten Katastrophe bedrohte. Hinter der heroischen Geste lauerte die Angst, die Angst vor der Wahrheit, die Furcht vor der Verantwortung; es war der feige Versuch, die politische Verantwortung zu schieben, hinauszuschieben auf die Zeit, wo die Folgen des Einmarschs die Annahme noch unausweichlicher machen würden und die nationalistischen Widerstände ihre Kraft verloren hätten.

Diese Politik aber war eine ungeheure Gefahr, weil sie die inner- und außenpolitische Zukunft des deutschen Volkes den schwersten Gefahren auslieferte und ihm Opfer auferlegen wollte, die unerträglich waren, und den schließlichen Niederbruch nur noch fürchterlicher gestalten mußte.

Diese Gefahren sind durch die klare und entschlossene Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie abgewendet worden. Sie und sie allein hat es verhindert, daß das deutsche Volk noch einmal in einen nationalistischen Taumel versetzt werde, der nur mit einem fürchterlichen Debacle hätte enden können. Sie allein hat es verhindert, daß das Volk noch einmal zu dem Gefangenen der nationalistischen Parole geworden ist, die die Regierung ausgegeben hatte. Sie allein hat bewirkt, daß Deutschland jetzt den Frieden erhalten wird, einen harten, schlechten Frieden, aber doch den Frieden.

Der Friede ist ihr politisches Verdienst, während seine furchtbare Härte jene zu verantworten haben, die Deutschland in diesen wahnwitzigen Krieg gestürzt und ihn immer wieder verlängert haben.

Groß waren diese Gefahren der Regierungspolitik und deshalb durfte die Unabhängige Sozialdemokratie **keinen Moment lang** mit der Gegenaktion zögern; ihre taktische Bereitschaft, die Stärke ihrer Gründe, die Entschlossenheit der Massen, die ihrer Fahne folgen, hat die drohende Katastrophe abgewandt und Deutschland gerettet.

Nur bewußte Demagogie kann behaupten, daß durch unsere Aktion den Interessen des deutschen Volkes Eintrag geschehen ist; denn im Ausland hat man die Regierungspolitik keinen Moment lang ernst genommen, da man von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung überzeugt war und die unbegrenzten Möglichkeiten politischer und nationalistischer Verblendung geringer einschätzte, als es deutsche Politiker, die so viel traurige Erfahrungen gesammelt haben, tun konnten.

Heute muß die **sachliche Richtigkeit** unseres Standpunktes allgemein anerkannt werden; daß aber das sachlich Richtige auch **politisch** geschehen kann, ist nur dem rechtzeitigen Eingreifen der Partei zu danken, ohne das die nationalistische Stimmung übermächtig geworden wäre und das Unausweichliche zu tun verhindert hätte.

Der Sturz des Ministeriums hat jetzt die Bahn frei gemacht, das Notwendige wird sich vollziehen. Ein neues Ministerium wird gebildet werden; die Unabhängige Sozialdemokratie wird sich daran nicht beteiligen, ihre Stunde hat noch nicht geschlagen; der entscheidende Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat muß erst noch ausgetragen werden. Aber der Friede wird geschlossen werden, der die Vorbedingung ist, daß an den Austrag der großen sozialen Frage, an den politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau gegangen werden kann.

Der Friede wird geschlossen werden; die Regierungsparteien konnten sich noch eine Zeit lang sperren und sträuben, solange die Regierung des „Unannehmbar" da war. Die neue Regierung ist **der Majorität sicher**, die **Unterzeichnung ist gewiß**.

Aberwitz wäre es, noch nach Formeln und listigen Vorbehalten suchen zu wollen, die noch irgendeinen Schein retten wollen; was geschehen muß, muß **rasch und ehrlich** geschehen, und ganz undenkbar ist, daß Prestigefragen oder gar **dynastische Nichtigkeiten** auf die Entscheidung Einfluß nehmen. Die Zeiten sind endgültig vorbei und jeder Versuch, dynastische Interessen auf Kosten des deutschen Volkes schützen zu wollen, würde **den Urhebern teuer zu stehen** kommen.

Nein, die Abenteuerpolitik ist endgültig zusammengebrochen, die Vernunft siegt, **der Friede wird unterzeichnet!**

Wir müssen unterschreiben!

Wachsende Einsicht der Notwendigkeit.

Immer größer wird die Zahl derer, die jetzt unter dem Zwange der furchtbaren Verantwortung einsehen, daß nichts anderes übrig bleibt, als dem Friedensvertrag **die Unterschrift zu geben**. Die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist glänzend gerechtfertigt, ihre Argumente werden jetzt auch von Leuten vertreten, die ihr politisch sonst vollkommen fernstehen. So schreibt heute im roten „Tag" Professor **Philipp Zorn**:

„Wir müssen uns, da wir seit der Revolution wehrlos sind, **einfach beugen**. Niemand hilft uns aus dieser Lage. Unterschreiben wir **jetzt** nicht, so werden wir, falls nicht ein Wunder geschieht, in **einigen Wochen** unterschreiben müssen. Und jeder Tag dieser Wochen wird noch Millionen von Werten unseres jetzt schon bettelarm gewordenen Daseins **vernichten**, die uns niemand je ersetzen wird. Denn täuschen wir uns doch darüber nicht, wie dies die meisten zu tun scheinen: unser ganzes Land, einschließlich der jetzt besetzten Gebiete, wird dann nicht mehr unter dem, so schwer es ist, immer noch erträglichen Regiment des Waffenstillstandes, sondern es wird unter einem **Kriegsrecht** stehen, das sich an keine Vorschriften des „Völkerrechts" gebunden halten, sondern in seiner grenzenlosen Härte alles zertrümmern wird in Stadt und Land, in Feld und Flur, was es zu ergreifen vermag.

Die Unterschrift unter den Pariser „Frieden" wird, das wissen wir, unser deutsches Dasein knechten, ja bis zur Vernichtung zerstören. Wir müssen wieder von vorn anfangen in unserer staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit. Aber wir können dann jedenfalls **in einiger Ruhe mit dieser Arbeit beginnen**. Und nach dem erlösenden Wort für den ruhigen Beginn dieser Arbeit lechzt das deutsche Volk wie ein Verdurstender nach einem Tropfen Wasser. Der Segen wird dieser Arbeit eines Volkes, dem Arbeit allezeit das oberste Gesetz des Daseins war, nicht fehlen. Alles Uebrige müssen wir der Zukunft und der Vorsehung anheimstellen. Und es ist gewiß: impossibilium nulla obligatio!

Die **Nichtunterschrift** stürzt uns aufs neue in die **furchtbaren Zustände des Kriegsrechtes**; Auflösung der notdürftig hergestellten Ordnung und Vernichtung der letzten Reste unseres Besitztums müßten die Folge einer Erklärung sein, die alle Gewalt an die Waffen des Siegers — der Franzosen, Engländer, Italiener, Polen, Tschecho-Slowaken! — denen wir keine oder doch keine genügenden Waffen entgegenzusetzen haben, ausliefern würde."

Keine Experimente.

Die „Kölnische Zeitung" setzt ihren Feldzug für das Unterschreiben des Friedensvertrages fort. In ihrer Morgenausgabe vom 20. d. M. schreibt sie:

„Man möge sich doch nicht drüben im unbesetzten Gebiet wieder deutschen Träumen hingeben, aus denen man nur mit **furchtbarer Enttäuschung** erwachen würde. Ist man wirklich in Berlin und in Weimar der Meinung, unsere Gegner würden zaudern, aus ihrer Willenserklärung Folgerungen zu ziehen? Was und wer in aller Welt sollte sie davon abhalten! Wo sie den Nibelungenschatz unseres ergiebigsten Kohlenreviers in Reichweite vor sich liegen sehen, wo sie nur die Hand auszustrecken brauchen, um sie auf Deutschlands größte Geschoßwerkstätte zu legen! Wo sie wissen, daß ihr Vormarsch für alle **Sonderbündler** im Süden, Norden und in der Mitte das Zeichen sein würde, um das Reich zu zerstückeln, wo ihnen nach dem Divide, dem Zerkleinern, das Imperal, das Beherrschen umso leichter wird. Es mag sein, daß in der Rechnung der Gegner nicht alles so glatt aufgeht, wie sie das wünschen, denn es ist eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aber in ihr ist Hundert gegen Eins zu wetten, daß es sich alles erfüllen wird, denn mit einem durch Krieg und Hunger körperlich und psychisch zerrütteten Volk **darf man nicht mehr Experimente** machen, die nur Erfolg haben können, wenn das Vertrauen in eine gesunde, kraftstrotzende Volksseele unerschüttert ist. Das ist die bittere psychologische Wahrheit, wie sie jeder sehen muß, der die Dinge betrachtet, wie sie sind, ohne Abblendung und falsch eingestellte Lichter. Das ist die Wahrheit, wie sie mit uns auch Hunderttausende von Volksgenossen erkannt haben und wie sie von Tag zu Tag weitere Hunderttausende erkennen lernen. Wir sprechen sie aus auf die Gefahr hin, Mißdeutungen zu begegnen, weil wir das für unsre Pflicht und Schuldigkeit halten, und wir möchten wünschen, daß die Dolmetscher der Volksmeinung in Weimar, ehe sie ihre, das deutsche Schicksal bestimmenden Entschlüsse fassen, sie prüfen und beachten."

Reichswehr und Politik.

Aus **Flugzeugen** wurden gestern Zehntausende von Flugblättern herabgeworfen, in denen „**die Soldaten der Reichswehr**" sich an ihre „irre geleiteten Brüder" in der deutschen Arbeiterschaft wenden. Sie bringen an der Spitze des Flugblattes einen Aufruf dieser irregeleiteten Brüder an die Freiwilligen, der diese zur Abkehr von ihrem Mordhandwerk bringen soll. Das können die Reichswehrsoldaten offenbar nicht vertragen, und so richten sie mit den offenkundigsten Lügen **sinnlose Beschuldigungen** gegen die Arbeiterschaft.

Auf diese Weise wird also auf **Veranlassung der militärischen Kommandostellen**, welche Flugzeuge und das für die wichtigsten Betriebe nicht erhältliche Benzin für solche Zwecke offenbar reichlich zur Verfügung haben, in hetzerischer Weise **Politik getrieben**, obwohl immer wieder von offizieller Seite behauptet wird, daß das Militär sich niemals in die Politik einmischt. Welche Gefahren für die Allgemeinheit übrigens durch das sinnlose Abwerfen der Flugblätter entstehen, darüber berichten wir an anderer Stelle des Blattes. Es ist jedenfalls höchste Zeit, daß diesem Unfug bald ein Ende bereitet wird.

Ein „schlagkräftiges" Plakat verlangt.

Die **Zentralstelle für Einwohnerwehren** beim Reichsministerium erläßt zur Gewinnung von Entwürfen für ein **schlagkräftiges Plakat**, das die Gedanken und Ziele der Einwohnerwehren zum Ausdruck bringt. Das Preisrichteramt haben übernommen die Herren Reichswehrminister **Noske**, Professor Bruno Paul, Professor August Gaul, Hauptmann im Generalstab Janssen, Dr. Ferdinand Runkel.

„**Schlagkräftiges**" **Plakat**, das ist die Bezeichnung, die ganz der Aufgabe der Einwohnerwehren entspricht. Die Arbeiter sind sich aber, trotz der Beteiligung der Rechtssozialisten, über den **gegenrevolutionären Charakter der Einwohnerwehren** klar und bringen dieser famosen Schöpfung des nach Ruhe und Ordnung lechzenden „**Bürgertums**" die gebührende **Verachtung** entgegen.

Wie die französischen Sozialisten mit uns fühlen.

Gegen die Ermordung Levines. — Für Ernst Toller.

Auch die **französischen Sozialisten** empfinden mit uns aufs schwerste die Schmach, die dem internationalen Proletariat durch die brutale Hinmordung seiner Führer auf Befehl der deutschen Regierungen zugefügt wurde. Beredten Ausdruck gibt diesem Gefühl ein in der „**Humanité**" am 12. Juni veröffentlichter **Aufruf der ständigen Verwaltungskommission der sozialistischen Partei Frankreichs**. Hier heißt es:

„Die Verwaltungskommission **protestiert** aufs schärfste und mit höchster Entrüstung gegen den **Justizmord**, mit dessen Hilfe die Regierung Hoffmann in Bayern sich soeben des Kommunisten Leviné entledigt hat. Dieses Verbrechen läßt das Blutmeer noch höher ansteigen, in welchem die **Mörder** Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Kurt Eisners und Landauers untergehen. Aber mehr als das Opfer allein **trifft dieses Verbrechen** die **Weltrevolution** und die Millionen Arbeiter, welche sie vorbereiten und von ihr das Ende ihrer Knechtschaft und ihrer Not erwarten.

Der Ausschuß spricht den **sozialistischen Renegaten**, welche in Gemeinschaft mit der Reaktion die Geschicke Deutschlands für kurze Zeit leiten, **seine tiefste Verachtung** aus und sendet gleichzeitig dem Gedächtnis Levinés seinen betrübten Brudergruß.

Er hofft, daß dieses Verbrechen das letzte sein wird und daß weder **Toller**, noch irgend ein anderer von denen, die die grausamen Härten der Unterdrückung unter der an die Macht zurückgekehrten Regierung Hoffmann zu erdulden haben, die Treue zu ihren Ueberzeugungen und ihr Eintreten für die Sache des Weltproletariats büßen werden."

Scheidemann und Noske sind die Schuldigen.

Ebenso wie das Schicksal Levinés und aller anderen Opfer in München, so beklagen die französischen Sozialisten **die Mordtat an Rosa Luxemburg** und erklären **die Regierung Scheidemann als allein schuldig und verantwortlich dafür**. So schreibt **Marcell Sembat** im „**L'Heure**":

„Scheidemann hat das Bedürfnis gefühlt, seine Hände vom Blute Levinés zu reinigen. Er hat deshalb den Text seines Telegramms veröffentlichen lassen, das er an die bayerische Regierung gesandt hat, um die Hinrichtung Levinés zu verhindern.

Ernst Toller:

Totentanz.*)

Transportzüge.

(Vergittertes Holzabteil eines fahrenden Zuges. Oelfunzel träuft flackerndes Licht. Zusammengepfercht hockend schlafende Soldaten.)

Erster Soldat:

Wie lange rattert schon der Zug?
O dieses ew'ge knirschende Stampfen
Gepeitschter Maschine.

Zweiter Soldat:

Wir irren durch endlose Räume
Tage, Wochen, ich weiß es kaum mehr.
Wollt, ich schlief im Schoß meiner Mutter.

Dritter Soldat:

Wollt, das Haus wär zusammengestürzt,
Als der Vater die Mutter umarmte.

Vierter Soldat:

Wollt, vom Himmel wären feurige Dolche geschnellt,
Die den fremden Mann erschlagen,
Da er die Frau im Walde sich nahm.

Fünfter Soldat:

Unnütze Worte. Lange schon
Klemmt uns vermuchter Sarg.
Lange schon modern wir,
Stinkend verfaulendes Menschenfleisch . . .

Sechster Soldat:

Ziellos irren wir furchtsame Kinder.
Preisgegeben sinnloser Willkür.
Morden, hungern, vollbringen
Gewaltige Taten.
Bleiben doch furchtsame Kinder,
Schreckübersallen von sichtloser Nacht.

Siebenter Soldat:

Könnt ich noch beten!
Alle die süßen, kosenden Worte,
Die meine Mutter mir mild verhieß,
Zerspellen zu irrem gebrochenem Lallen

Erster Soldat:

Ewig fahren wir.

Zweiter Soldat:

Ewig stampft die Maschine.

Dritter Soldat:

Ewig gatten sich Menschen.
Aus gieriger Lust wächst ewig Fluch.

Vierter Soldat:

Ewig gebärt Urschoß Gestirne.
Ewig zerstört sich der göttliche Schoß.

Fünfter Soldat:

Ewig verwesen wir.

Sechster Soldat:

Ewig Kinder, vom Vater gezüchtigt.

Siebenter Soldat.

Von Müttern preisgegeben
Frierender Not.

(Alle:)

Ewig fahren wir.

(Alle:)

Ewig . . .

*) Bruchstück aus einer im Jahrbuch „Die Erhebung" (Verlag S. Fischer, Berlin) veröffentlichten Dichtung des vom Schicksal Landauers und Levinés bedrohten jungen Dichters und Revolutionärs, der gegen Mord und Gewalttat sein Leben einsetzte.

Romain **Rolland** veröffentlicht in der „**Humanité**" zugunsten Ernst Tollers folgende Erklärung: Die Verurteilung **dieses edlen Jünglings**, der den idealistischen und menschlichen Geist des neuen Deutschland verkörpert, würde die endgültige Verurteilung des Regimes durch die **Meinung der Welt** bedeuten und jede Hoffnung auf die moralische Wiedererhebung des neuen Deutschlands schwinden machen.

Der Traum.

Von Keher.

Ich stehe vor dem großen Dom. Steil und düster ragt er auf. Und hoch über mir hör' ich uralter Glocken geheimnisvolles feierliches Singen; Schluchzen und Jubeln, Jauchzen und Klagen . . .

Und von drinnen hör' ich rauschenden Orgelton und süßen Sang von frommen Frauenlippen; Schluchzen und Jubeln, Jauchzen und Klagen . . .

Wild und gellend schreit auf mein Weh.

Und wieder geh ich, wie seit tausend Jahren, zitternd um den Dom und suche im Dunkeln und taste. Suche und taste — und finde nicht das Tor. Finde nicht Tor, nicht Tür. Und keiner, der mich einläßt, niemand, der mir öffnet . . .

Habt Ihr mich denn schon vergessen!?

Indes der Morgen dämmert, sehe ich die Mauer, die mir im Wege steht: grau, grob, ungeschlachten, häßlich und schmutzig — und sperrt mir die Pforte. Und da es heller wird ein wenig, erkenne ich sie. Mein Gott! Erkenne die Steine und groben Blöcke, die ich selbst, mit Blindheit geschlagen, in harter unheilvoller Arbeit heraufgeschleppt, verbunden und hoch aufgetürmt habe zu unüberwindlicher Mauer, die mir höhnend mit gräßlich verzerrter Fratze ins Gesicht lacht. Lacht! — Denn sie hat meine Seele erdrosselt, meine Kraft gefressen wie ein unersättlich Biest, den Lebensnerv mir vergiftet und zernagt, wie ein ekler Wurm. Hat mich vernichtet . . .

Und mein wilder Simsonschrei zerreißt die Wolken: „Herr! Du! Gib mir meine Kraft zurück! Einmal noch!"

Stürme an gegen das Ungetüm, ringe stöhnend — siege!

Krachend stürzt es . . . .

Mächtiger tönen Orgelklänge, lieblicher die Frauenstimmen, feierlicher die Glocken. Und mein Weh erstickt, ein zitterndes Hoffen wagt sich ans Licht.

Ich schreite durch das Tor und bin nicht mehr, der ich war. Bin wieder Kind — unschuldig, verlangend, voll freudiger Erwartung . . .

Aber das ist nicht der Dom!

Das ist die Frühlingsflur! Ist die heilige Mutter! Aus Millionen Knospen ringt es kindlich süße Weisen, klaren Blüten klingen Engelschöre, silbernes Läuten in taufrischen Winden, Vögel flöten, trillern, pfeifen.

Da steigt die Sonne auf.

Nun ist Rosa Luxemburg beerdigt. Ihr Leichenbegängnis haben die Arbeiter Berlins zu einer gewaltigen Demonstration gestaltet. Dieses Mal wird Scheidemann sich seine Hände nicht reinwaschen können. Denn gerade er und Noske sind verantwortlich für den Mord an Rosa Luxemburg und für den Mord an Karl Liebknecht.“

Die rechtswidrige Verhaftung russischer Staatsangehöriger.

Der Fall Radek.

Wegen der Verhaftung von Karl Radek, der von der ukrainischen Sowjetregierung zum Gesandten in Berlin ernannt worden ist, ist ein Konflikt zwischen dieser Regierung und dem deutschen Auswärtigen Amt entstanden, in deren Verlauf die ukrainische Sowjetregierung die in der Ukraine zurückgebliebenen deutschen Amtspersonen hat verhaften lassen. Ein Radiotelegramm des ukrainischen Volkskommissars für Aeußeres, Rakowski, an das Auswärtige Amt, weist darauf hin, daß Radek sich auf durchaus gesetzlichem Wege nach Deutschland begeben und nichts getan habe, was als eine strafbare Handlung anzusehen ist. Unter solchen Umständen stehe es ausschließlich bei der deutschen Regierung, durch Befreiung des diplomatischen Vertreters der ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik, Radek, die Möglichkeit zu geben, sofort die deutschen Geiseln freizusetzen und gleichzeitig in beiderseitigem Interesse die Erledigung verschiedener zwischen Deutschland und der Ukraine schwebender wirtschaftlicher Fragen anzubahnen.

Der Hochverratsprozeß gegen Axelrod.

In München soll in kurzer Zeit vor dem Standgericht ein Hochverratsprozeß gegen den russischen Staatsangehörigen Dr. Tobias Axelrod stattfinden, der geeignet ist, schwere internationale Verwicklungen für Deutschland herbeizuführen.

Axelrod war als Chef der Presseabteilung der Rosta in Berlin tätig. Da im November 1918 die Beziehungen zu der Sowjetregierung von der deutschen Regierung abgebrochen worden waren, hatte Axelrod keine Möglichkeit nach Rußland, das von dem Verkehr mit den europäischen Staaten abgeschnitten ist, zurückzukehren. Die deutsche Regierung, die seinen diplomatischen Paß beglaubigt hatte, wandte gegen sein Verbleiben nichts ein. Sie hatte ihm auch seiner Zeit eine diplomatische Ausweiskarte ausgestellt.

Als Axelrod im Januar 1919 über Stuttgart in die Schweiz reisen wollte, wurde er in Stuttgart daran verhindert und nach München geschafft, wo er von dem damaligen Ministerpräsidenten Eisner seinen Aufenthaltsort in Ebenhausen angewiesen erhielt. Dortselbst verblieb er ununterbrochen im Sanatorium des Dr. Marcuse, bis er unter der zweiten Räteregierung nach wiederholten Ersuchen derselben das Amt eines politischen Kommissars für Finanzen übernahm und bis 27. April innehatte. Am 28. April begab er sich von München fort, gelangte tatsächlich über die bayerische Grenze, wurde in den Tiroler Alpen von österreichischen Gendarmen festgenommen und widerrechtlich an die deutschen Behörden überstellt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Ueberstellung Axelrods an die deutschen Behörden Verletzung des Völkerrechts bedeutet. Die Ueberstellung erfolgte nicht in der Form der Auslieferung. Die Auslieferung selbst war ja auch gar nicht von der bayerischen Regierung verlangt worden. Sie hätte übrigens gar nicht erfolgen dürfen oder können, denn nach dem Bayerisch-österreichisch-ungarischen Auslieferungsvertrag von 1906 ist die Auslieferung politischer Verbrecher direkt ausgeschlossen.

Aber auch die Verhaftung und Aburteilung Axelrods durch das Standgericht ist nicht in Einklang mit dem Gesetz und dem internationalen Recht zu bringen. Axelrod hat als bevollmächtigter Vertreter der russischen Regierung zu gelten. Selbst, wenn man annehmen wollte, daß Axelrod nach dem Aufhören der Tätigkeit der Rosta seine Diplomateneigenschaft verloren hat, so müßte man ihm unter allen Umständen die Eigenschaft eines sogenannten Halbdiplomaten zuerkennen, da er an der Rückreise in sein Vaterland durch dessen Abschneidung vom Verkehr mit dem übrigen Europa verhindert war. Halbdiplomaten selbst genießen nach anerkanntem internationalen Recht gleichfalls die Rechte der Exterritorialität.

Wir erheben deshalb gegen das Verfahren gegen Axelrod den allerschärfsten Einspruch und weisen nachdrücklich auf die Folgen hin, die seine Durchführung herbeiführen würde. Deutschland darf nichts tun, was seine Beziehungen zu Rußland trüben könnte. Wir erwarten deshalb, daß der Prozeß verhindert und Axelrod freigelassen wird.

Die vertragsbrüchige Regierung.

Zur Beseitigung der Minen in der Nordsee hatte die Regierung nach Abschluß des Waffenstillstandes freiwillige Minensucher angeworben. Diese wurden nicht als Soldaten angesehen, sondern sie standen in einem freien Vertragsverhältnis. Aller militärischer Zwang hatte für sie aufgehört. Bei sechsmonatiger Tätigkeit wurde ihnen eine Treuprämie von 1000 Mark zugesichert. Während des Dienstes auf hoher See bekamen sie neben den sonstigen Gebührnissen noch eine Extravergütung von 3 Mark pro Stunde. Die Minensucher hatten eine äußerst schwere und lebensgefährliche Beschäftigung auszuüben, weshalb ihnen auch besonders günstige Arbeitsbedingungen gestellt wurden.

Jetzt kommt auf einmal Herr Noske und läßt durch eine Verordnung im Marineverordnungsblatt erklären, daß die abgeschlossenen Verträge außer Kraft gesetzt werden. Treuprämien und Extravergütungen sollen in Wegfall kommen. Im übrigen sollen die Minensucher unter den gleichen Bedingungen wie die Reichswehr tätig sein. Der militärische Drill, dessen Beseitigung in dem Vertrag ausdrücklich festgelegt war, soll wieder eingeführt werden. Die Mannschaften werden zum Grüßen und Exerzieren verpflichtet.

Um diese neuen Bestimmungen durchzuführen, sollen sich die Minensucher durch Unterschrift unter einen neuen Vertrag, der den alten außer Kraft setzt, auf sie verpflichten. Dieser Treubruch der Regierung hat unter den Minensuchern eine begreifliche Erregung hervorgerufen. Sie haben sich einstimmig für Beibehaltung des alten Vertrages und gegen die Unterschrift des neuen Vertrages gewendet. Herr Noske macht aber den starken Mann. Die Marineoffiziere scheinen von ihm besondere Vollmachten bekommen zu haben, wer ihren Anordnungen keine Folge leistet, wird kurzerhand entlassen. Dafür werden junge Mannschaften eingestellt, die sich dem neuen Militarismus in der Marine bereitwillig fügen.

So belohnt die Regierung die erprobten Minensucher für ihre aufopferungsvollen Dienste!

Der Prozeß Ledebour.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, eine hämische Glosse gegen den Genossen Ledebour und seine Verteidiger zu richten. Genosse Ledebour hatte am Schluß der gestrigen Sitzung gebeten, die Verhandlung am Freitag auszusetzen und erst am Sonnabend weiter zu verhandeln, da er infolge der Strapazen des Gefängnislebens und der ganzen Verhandlungsdauer derartig ermüdet sei, daß er beinahe bei den Plaidoyers seiner Verteidiger eingeschlafen wäre.

Wenn der Prozeß so sehr in die Länge gezogen wurde, so ist daran weder der Genosse Ledebour noch die Verteidigung schuld, sondern ausschließlich die Gerichtsbehörde, die Dinge in diesen Prozeß hineingetragen hat, die mit der dem Genossen Ledebour zur Last gelegten Tat absolut nichts zu tun hatten, während sie zu gleicher Zeit über wichtige Beweisanträge der Verteidigung, die geeignet waren, die reine Wahrheit zu ermitteln, stundenlange Beratungen pflog, um dann die ihr höchst peinlich erscheinenden Anträge als „unerheblich“ abzulehnen.

In der eingetretenen Ermüdung des Genossen Ledebour trugen schließlich auch noch die Ausführungen der Staatsanwälte einen erheblichen Teil bei, da sich diese ihre Argumente aus dem Mond zu holen schienen, weil das irdische Gerechtigkeitsempfinden nicht ausreichen wollte, im Sinne der höheren Auftraggeber einen Schuldbewis gegen den Genossen Ledebour zu erbringen.

Diese hohen Auftraggeber tragen schließlich auch die Schuld, daß die Geschworenen fünf Wochen lang ehrenamtlich einen Dienst versehen müssen in einer Angelegenheit, die den deutschen Rechtsverhältnissen wahrhaftig keine Ehre macht. Viel nützlicher würde ohne Zweifel ihre Tätigkeit sein, wenn sie über die Urheber des Krieges und die Verräter der Revolution, die das deutsche Volk immer tiefer ins Elend gestürzt haben, zu Gericht sitzen würden.

Wir schreiten vorwärts.

Auch in Hessen sind am vorigen Sonntag Wahlen für Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte vorgenommen worden. Ueberall wo die Unabhängige Sozialdemokratie agitatorisch wirken konnte, haben wir glänzende Fortschritte erzielt, zu gleicher Zeit sind die Stimmenzahlen der Rechtssozialisten ganz erheblich zusammengeschmolzen. Auch die bürgerlichen Parteien müssen fast durchweg Stimmenverluste verzeichnen. In Darmstadt der Hauptstadt des Landes, hatten die Wahlen folgendes Ergebnis: Unabhängige Sozialdemokraten 2527 (350), Rechtssozialisten 8209 (15 474), Demokraten 5157 (12 209), Zentrum 2228 (3207), Deutsche Volkspartei 8444 (10 291), Hessische Volkspartei 1459 (898), Handwerker- und Gewerbevereinigung 1032. Die in Klammern beigesetzten Zahlen bedeuten die Stimmenzahl bei den Wahlen zur hessischen Volkskammer am 26. Januar. Die Sitze verteilen sich folgendermaßen: Unabhängige 5, Rechtssozialisten 16, Demokraten 11, Zentrum 4, Deutsche Volkspartei 17, Hessische Volkspartei 3, Handwerker- und Gewerbevereinigung 4.

Aehnlich günstige Ergebnisse werden noch aus einer ganzen Anzahl anderer hessischer Orte gemeldet. In Offenbach am Main, wo die Wahl schon vor vierzehn Tagen vorgenommen wurde, haben wir die Rechtssozialisten fast eingeholt, trotzdem unsere Werbearbeit sich hier erst einige Zeit entwickeln konnte. Dabei ist noch zu beachten, daß wir in Hessen kein einziges Parteiblatt haben. Die Rechtssozialisten dagegen konnten über mehrere Zeitungen und einen großen Stab von Partei- und Gewerkschaftsbeamten verfügen.

Ein neuer Unterstaatssekretär: Zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ist Herr Grezesinsky ernannt worden. Grezesinsky war bisher Metallarbeiter in Kassel und gehört der rechtssozialistischen Partei an.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Politik der Generalkommission.

Drahtbericht der „Freiheit“.

Nürnberg, 20. Juni.

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen beschloß mit 56 gegen 27 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission der Gewerkschaften.

Die Angestellten der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft nahmen am Dienstag in der Philharmonie Stellung zu der fristlosen Entlassung des Obmannes des Ausschusses. Der Obmann hat zwar schon andere Stellung gefunden, aber in der Erkenntnis der prinzipiellen Bedeutung des Falles hatten die Angestellten-Ausschüsse zahlreicher anderer Kriegsorganisationen Delegationen zu der Versammlung entsandt. Es wurde einmütig kundgegeben, daß auch die Angestellten der übrigen Kriegsorganisationen entschlossen seien, gegen eine solche Maßregelung mit aller Energie Front zu machen. Einmütig wurd gegen das Vorgehen des Vorstandes der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft Protest erhoben, was in der Annahme einer entsprechenden Entschließung seinen Ausdruck fand. In dieser nahmen die Angestellten gleichzeitig auch allgemein gegen das wenig soziale Verhalten ihres Vorstandes Stellung. Für ihr bisheriges Verhalten wurde dem Vorstand und dem Sekretariat einstimmig die Mißbilligung der Angestellten ausgesprochen. Von dem Vertreter des Arbeitsausschusses der Fachgruppe 3a wurde mitgeteilt, daß eine Direktoren-Konferenz, welche zu den gemeinschaftlichen Forderungen der Angestellten der Kriegsorganisationen Stellung nehmen sollte (Urlaubszuschuß usw.) die Forderungen abgelehnt habe, was mit großer Entrüstung aufgenommen wurde. Dem ausgeschiedenen Obmann wurde ein Vertrauensvotum ausgesprochen.

Aw. Süd-Spandau. Alle Kollegen des Gewerks Or. 1, außer Transportarbeiter, treffen sich zwecks Regelung der Nachzahlung heute Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, bei Mecklenburg, Ravenestraße 6, am Wedding (Seidel).

Zentralverband der Fleischer. Sonnabend, abends 7 Uhr bei Böker, Weberstraße 17 (kl. Saal), Versammlung aller Mitglieder, die im Besitz der Ausweiskarte zum Vertrieb des Roßfleisches sind, und die beim Schlachten der Pferde tätig waren. Mitgliedskarte ist mitzubringen.

Gewählte Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer der Kriegsorganisationen! Versammlung am 24. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, Saal 6, Herrenhaus, Leipziger Straße.

Posaunenklänge sind ihre Strahlen, die mich umwallen, goldige Freiheit ihr Schein, der mich umleuchtet — —,— und brausend erdrückt mich des Frühlings jubelnde, allgewaltige Symphonie . . .

Ich liege am Boden. Himmel und Erde, bei Dir, bei Dir! — Mutter Erde atmet: Werde!

Und es ward.

Es war von Sonne und Freiheit ein Traum. Nur ein Traum . . . geträumt in einer Novembernacht . . . Gellende Lüge, kriechende Heuchelei, finsterer Haß, vertierte Brutalität, viehische Gemeinheit und die große, alles umfassende Verblödung sind am Werk, aus den Trümmern der alten und aus Stahlhelm und Handgranaten eine neue Mauer zu errichten. Widerlicher als die Erste . . .

O, daß der Traum jetzt Wahrheit würde!

Chinesischer Abend.

Im viel zu engen Saal der Berliner Sezession sprach Karl August Witthagel über China und Bez. Brent Kalischer las die Texte. Witthagel stellte in den Mittelpunkt seiner Rede den chinesischen Bauern, als den wahren Träger der Kultur. Das Land ist einheitlich durch Gesinnung und Glauben, die Bevölkerung gibt sich durchwegs Fragen wie nach dem Sinn des Lebens hin. Eine schöne und beklagenswerte Parallele zog Witthagel dann zwischen dem Tao-Chinas, dessen Glauben rate: Der Mensch ist gut, und der Natur des Europäers, die regellos und bitter ist. Laotse predigt: Zum guten Menschen bin ich gut, und zum nicht Guten bin ich auch gut, denn das Leben ist die Güte . . . Vorbedingung für Chinas Kultur ist die Fruchtbarkeit des Bodens und die der chinesischen Mütter. Seine sprichwörtliche Freundlichkeit aber ist „Gabe der Götter“. Wir wollen die chinesische Welt kennen lernen in den drei Ausstrahlungen: Aesthetik, Ethik und Metaphysik. Von der Aesthetik handelte der zweite Teil des genußreichen und anregenden Abends. Wir hören nun Lieder und Gedichte, alle über 3000 Jahre alt, die das private und öffentliche Leben schildern. Bauernlieder, Gedichte über die Familie, (von denen eines mit dem Stoffe des Fahnenflüchtigen! Europa?), Ehen- und Witwenlieder, Schilderungen eines Frühlingsfestes, eines Gelages; im öffentlichen Leben stehen auf: Klage unter einem harten Oberbeamten (!) und Schamloses Treiben im Palaste (!), Kriegsdichtungen (General, Ch. Soldatenlied und müder Soldat) beschlossen den Abend. Kalischer las. Im besonderen Fall ist sie zu sehr Impressionistin. Die Texte von Ludwig Hardt rezitiert zu hören! Das Publikum war aus Berlin W.W. und ich sah keine Arbeiter und das ist sehr zu bedauern. Vielleicht gibt es hier nächstens Abhilfe.

Fritz Graß.

Abschaffung der chinesischen Bilderschrift. Wie aus einem Erlaß des chinesischen Unterrichtsministers hervorgeht, soll in den Schulen des Reiches der Mitte die Bilderschrift durch die Buchstabenschrift ersetzt werden. Die Beziehungen Chinas zu den anderen Staaten werden dadurch erleichtert; freilich geht auch manches Originelle durch die neue Verordnung verloren. Die Chinesen erweisen sich in ihrer Bilderschrift nicht selten als feine Psychologen und zuweilen auch als Humoristen. Den Begriff der Nachbarschaft bezeichnen sie z. B. durch zwei aneinanderstehende Quadrate, jenen der Abstammung durch ein Kind, das an einer Schnur aufgehängt ist. Einen Streit jedoch versinnbildlichten sie durch zwei unter demselben Dach vereinigte Frauen. Das künftige chinesische Alphabet wird neununddreißig Buchstaben umfassen, von denen vierundzwanzig auf Anfangsbuchstaben, drei auf Mittel- und zwölf auf Endbuchstaben entfallen sollen. Diese merkwürdige Verteilung wirft ein Licht auf die Fremdartigkeit und Eigenart der chinesischen Sprache.

Auf dem Verbandstag sozialistischer Lehrer hielt in der mit Kaiserbüsten und schwarz-weiß-roten Schleifen gezierten Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Genosse Dr. Baege einen Vortrag über die sozialistische Schule. Er entwickelte kurz das Programm der Spielschule bis zum 6. Lebensjahr, der Grundschule vom 6. bis 14. Jahre und der Oberschule bis zum 18. Lebensjahre. Soll schon die Spielschule auf die Entwicklung der Selbstbetätigung hinarbeiten, so soll erst recht die Grund- und Oberschule nicht mehr eine Lern- oder Memorierschule bleiben wie bisher, sondern sie soll zur Arbeitsschule werden, die vor allem Rücksicht nehmen muß auf die ¾ aller Menschen, die nicht begrifflich-theoretisch, sondern manuell-technisch oder künstlerisch begabt sind. Diese begriffliche Begabung kann dann auch kein Vorrecht mehr bilden. Ziel der Arbeitsschule muß auch die Erziehung zur Selbstregierung sein, denn im sozialistischen Staat kommt es ja auf die politische Mitarbeit eines jeden einzelnen an. Der Redner rügt dann die Fehler besonders der bisherigen höheren Schule. Nicht auf die Lehrmethode darf es ankommen, sondern auf die Lehrerpersönlichkeit. Der Lehrer darf nicht zum Unterrichtsautomaten werden, auch seine „Dienststrammheit“ muß verschwinden. Die sozialistische Schule wird den Bestand des Sozialismus für alle Zeiten sichern.

Es wurde eine Resolution angenommen, die das Kultusministerium in scharfer Form an seine sozialistischen Pflichten erinnert.

Eine Schulausstellung. Auf Anregung des Magistrats der Stadt Berlin veranstaltet die „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ eine Ausstellung von Bildwerken, Graphik und Klein-Plastik, die an die Stelle der entfernten Kaiserbilder in den Schulen treten sollen. Die Ausstellung soll als Arbeiter-Kunst-Ausstellung von einem Bezirk Berlins in den anderen weiter geführt und mit künstlerischen Erziehungsvorträgen, die von den Künstlern selbst gehalten werden, verbunden werden. Alle Berufsvereinigungen, Arbeitnehmer-Verbände, Betriebs-Arbeiter-Räte, Vereine, Zahlstellen und Bildungsausschüsse der Wahlvereine sowie jeder einzelne, dem die Kunst Herzenssache ist, mögen die Ausstellung besuchen, deren Eintritt kostenfrei ist. Die Eröffnung findet statt am Sonnabend, den 21. Juni, vormittags 11 Uhr in der Städtischen Baugewerkschule Berlin W., Kurfürstenstr. 141.

Der „Simplizissimus“ bringt in seiner vorletzten Nummer ein Bild von Gulbransson, auf dem ein als Franzose gekleideter Affe ein Goethestandbild erklimmt und ihm ins Gesicht speit. Darunter steht „Boche!“. Abgesehen von der widerwärtigen Verhetzung, die der längst nationalistisch gewordene „Simplizissimus“ ohne Witz und mit viel Behagen zwischen den Völkern noch heute treibt, verwechselt er das Deutschland des Olympiers Goethe mit dem Deutschland des Unteroffiziers Noske, gegen das sich der Haß und die Verachtung der Kulturwelt richtet.

Die radikalen Künstler Darmstadts und der Peripherie haben sich zu einer Sezession zusammengeschlossen. Ausstellungen werden veranstaltet. Neueste Literatur wird gepflegt. Das Programm sieht unter anderem das dichteste Herantragen der Kunst an die werktreibende Bevölkerung vor, um den politischen, künstlerischen und kulturellen Kontakt endlich zu errichten.

In der Kunstausstellung von Paul Cassirer, Victoriastraße, zeigt der Holländer Kees van Dongen eine Anzahl seiner in den letzten Jahren entstandenen Werke. Außerdem sind ausgestellt: Arbeiten von Albert Bloch, Auguste Herbin, Oskar Moll und Max Pechstein.

Im Rahmen des Aktivisten-Kongresses (Schubert-Saal) den 21. Juni, spricht Dr. Kurt Hiller über „die Anteilnahme des schöpferischen Typus am Aufbau der neuen Gesellschaft“. —

Groß-Berlin.

Stampfer!

In den Sozialisten-Listen
Stand als „sehr bewährter Mann“ —
Ob wir's auch bezweifeln müßten —
Der Herr — — Stampfer obenan! —

Aus der Vorwärts-Veste feste
Griff er an den alten Staat,
Und posiert' mit edler Geste
Für das Pro—le—ta—ri—at! —

Von den Thrones-Stiegen stiegen
Deutschlands Fürsten nach der Reih', —
Stampfer meldet mit Vergnügen,
Daß sein Heldenwerk dies sei! —

Dieser Stampfer! — — Hat im Kampf er
Kühn dem Tod ins Aug' geblickt?
Leider, leider muß ich sagen:
Nichts Gewisses weiß man nicht! —

Sicher weiß man nur das eine, —
Daß er, mit umwölktem Blick,
Wirkt wie Noske und wie Heine
Für die Geldsack-Republik.

Blinder Wahn hält fest umschlungen
Seinen Sinn, — daß einem grau't! —
Was die Arbeitsfaust errungen,
Seine Feder hat's versau't! —

Wie in allen Lebenslagen
Nie den rechten Weg er fand,
Wie er in den Kriegestagen
Stets auf falscher Seite stand: —

So hat immer mit Zynismus
Für den „Vorwärts“ er geschmiert,
Von dem wahren Sozialismus
Hat er keinen Hauch verspürt.

Rückwärts stampft er, — dieser Stampfer,
Das enthüllt sich jedem Blick!
Ach, nach Naphthalin und Kampfer
Duftet „seine“ Republik!

Und man kann nur eins nicht fassen,
Daß der „Vorwärts“ noch besteht,
Weil durch Abfall großer Massen
Er doch täglich rückwärts geht! —

Dafür wird auch diesem Bruder
Einst als Lohn ein Fußtritt blüh'n, —
Wäre Wilhelm noch am Ruder . . . . . .
Hätt' er 'n Orden ihm verlieh'n!! —

Opa.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie.

Im Gewerkschaftshause (Engelufer 15, Saal 2 und 3) ist zur Zeit eine Wanderausstellung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu besichtigen, die die Unfallgefahren in der Holzindustrie veranschaulicht.

Ein erschütterndes grausiges Bild vom Schlachtfelde der Arbeit bietet sich dem Besucher dar.

Eine große Gefahr für den Arbeiter bilden die Holzbearbeitungsmaschinen. Muß doch das zu bearbeitende Holz mit den Händen dicht an die scharfen, rasend schnell beweglichen Messerwerkzeuge herangeführt werden. Unfälle, die hierbei leicht entstehen, ließen sich durch entsprechende Schutzvorrichtungen bedeutend mildern, die aber aus Sparsamkeit nicht angebracht werden. Und die Aufsichtsbehörden versagen vollständig, um den bestehenden Schutzvorschriften Geltung zu verschaffen.

Gegen diesen mangelhaften Arbeiterschutz bildet die Ausstellung des Holzarbeiterverbandes eine schwere Anklage. Zu Hunderten sind in der Ausstellung die Gliederstümpfe von Maschinenarbeitern zur Schau gestellt. Männer im besten Alter, Jünglinge, kaum der Schule entwachsen, selbst Frauen und Mädchen haben den kapitalistischen Maschinen ihre Gliedmaßen geopfert.

Solche Opfer ließen sich vermeiden durch Anwendung praktischer Schutzvorrichtungen, wie sie in der Ausstellung ebenfalls ausgestellt sind. Wie lediglich des Profites wegen die zu benutzenden Werkzeuge bis zu einem winzigen Reste aufgebraucht werden und den mit ihnen arbeitenden Menschen in große Gefahr bringen, beweisen die ausgestellten, zum großen Teil zerbrochenen Werkzeuge.

Ein anderer tückischer Feind des Arbeiters in der Holzindustrie ist der Staub, dessen schädliche Wirkung auf den Organismus in der Ausstellung dem Besucher dargestellt wird. In einem Lichtbildervortrag wird die Gefährlichkeit dieser Staubarten für die Atmungsorgane in verständlicher Form veranschaulicht.

Nach den Bekanntmachungen der Behörden sind im Jahre 1917 von den schaffenden Arbeitern aller Berufe 684 151 durch einen Unfall verletzt worden. In 11 520 Fällen führte der Unfall zum Tode. 107 534 wurden schwer verletzt und 704 Verletzte sind für die Zeit ihres Lebens hilflose Krüppel geworden. 7142 Witwen beweinen ihren Gatten, 12 067 Kinder haben in einem einzigen Jahre infolge Berufsunfalls ihren Vater verloren! Es gibt nicht Worte, dieses Elend in seinem ganzen entsetzlichen Umfange zu beschreiben.

Achtung! Arbeiterräte, Betriebsfunktionäre und Vertrauensleute der U. S. P. D.

Am Montag, 23. Juni, 4 Uhr nachmittags, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße, eine Fraktionssitzung statt. Es ist Pflicht eines jeden Funktionärs, pünktlich zu erscheinen. Der Rednerkursus findet am Dienstag, 24. Juni, abends 7 Uhr, In den Zelten 23, statt.

Der Fraktionsvorstand. J. A.: O. Koch.

Für Kranke 500 Gramm Brot weniger!

Der Berliner Magistrat teilt mit: „Wegen erheblicher Steigerung der Zahl der Krankenbrotempfänger kann in Berlin an die Kranken nicht mehr wie bisher die volle Brotportion von 2350 Gramm, sondern nur noch 1850 Gramm in Krankenbrot ausgegeben werden. Das Krankenbrot wird dementsprechend fortan als ganzes Brot mit einem Gewicht von 1850 Gramm oder in zwei Teilen von 1000 und 850 Gramm Gewicht verabfolgt. Bei der Entnahme haben die Bäcker dem Käufer die Abschnitte A und B an der Brotkarte zu belassen, so daß die Kranken in der Lage sind, die Abschnitte zum Ankauf von Küchenmehl zu verwenden. Der Preis für ein ganzes Brot von 1850 Gramm beträgt 1,35 Mark, für 1000 Gramm 0,75 Mark und für 850 Gramm 0,62 Mark.“

Diese Regelung ist unerhört! Die Kranken, die besonderer Fürsorge bedürfen, sollen weniger Brot erhalten, als die Gesunden. Hier muß unbedingt versucht werden, durch Gewährung anderer Nahrungsmittel an Kranke, einen Ausgleich zu schaffen.

Pferdefleisch-Verteilung.

Vom 1. Juli ab sollen die Berliner Haushaltungen mit Pferdefleisch versorgt werden. Die Verteilung erfolgt auf Grund besonderer Kundenlisten und Pferdefleischkarten. Als Wochenkopfmenge werden voraussichtlich einheitlich 500 Gramm (1 Pfund) Pferdefleisch oder Pferdefleischwaren zur Ausgabe gelangen. Eine Anrechnung auf die Reichsfleischkarte erfolgt nicht. Wer Pferdefleisch oder Pferdefleischwaren erhalten will, hat dies bis morgen, Sonnabend, bei der zuständigen Brotkommission anzumelden.

Für Gast-, Schank-, Speisewirtschaften, Kantinen und ähnliche Betriebe wird der Bezug von Pferdefleisch und Pferdefleischwaren besonders geregelt.

Lankwitz—Lichterfelde-Ost. Alle Postabonnenten, welche die „Freiheit“ durch Botenfrau zugestellt haben möchten, wollen sich melden bei Schimmeier, Lankwitz, Frobenstr. 6/8.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben: Montag, den 23. Juni: Bezirk Osten 2. Abt. Lichtenberg, Scharrenweberstr. 60, Restaurant Bickenhagen. — Bezirk Tempelhof, Berliner Straße 92, Restaurant Marten. — Donnerstag, den 26. Juni: Bezirk Westen Abt. 2, Schöneberg, Vorbergstr. 11, Restaurant Haendel. — Bezirk Westen Abt. 6, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 45 b, Restaurant Thelow. — Freitag, den 27. Juni: Bezirk Norden, 2. Abt. Wiedomstr. 33, Restaurant Olböter. — Bezirk Süden Abt. 5, Neukölln, Weichselstraße 2, Ideal-Passage. Abends 7½ Uhr: Lehrstunde und praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Genossen, die selbständige Handel- und Gewerbetreibende bzw. nicht im Angestelltenverhältnis stehende Kaufleute sind, werden gebeten, ihre Adresse an Paul Schneider, NO. 55, Hufelandstr. 31, zu senden.

Wer sind die Toten? Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde gestern an der Potsdamer Brücke die Leiche eines unbekannten Knaben von etwa 6 Jahren. Der Kleine trug einen Tiroler Anzug, grüne Seidenstrümpfe und schwarze Schuhe. Wahrscheinlich ist er beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken. — Im Luisenstädtischen Kanal fand man vor dem Hause Elisabethufer 2 die Leiche einer unbekannten Frau. Die Tote trug eine rote Jacke, einen schwarzen Rock, Strümpfe und Schnürstiefel.

Aus den Organisationen.

6. Kreis, 8. Abteilung. Heute, 7 Uhr, Grünthalerstr. 5, Versammlung. Vortrag über das Rätesystem.

Tegel. Montag, abends 7½ Uhr, bei Christensen, Schlieperstr. 60, „Engere Vorstandssitzung“.

Neukölln. Heute abend 6 Uhr Vorstandssitzung im Bureau. Der Aufklärungsabend des 1. Bezirks findet heute abend Klause, Kottbuserdamm, statt. Vortrag: Sozialismus und Kommunismus.

Aus dem Gemeindeleben.

Charlottenburg. Nochmals versuchten unsere Hausagrarier in der letzten Stadtverordnetenversammlung vergebens sich der Wirkung eines Antrages der U. S. P.-Fraktion zu entziehen, der dahin ging, dem Magistrat das Recht zu erteilen, Wohnräume, die in nicht wirtschaftlicher Weise ausgenutzt werden, den bisherigen Besitzern zu entziehen und Wohnungssuchenden zuzuweisen. Der Antrag auf Zahlung von Anwesenheitsgeldern an die Stadtverordneten der in der Kommissionsberatung eine überwiegende Majorität bekommen hatte, wurde auch im Plenum angenommen. Doch benutzte die rechte Seite des Hauses die Gelegenheit zu völlig unbegründeten persönlichen und unsachlichen Angriffen auf die Sozialdemokraten, und besonders auf unsere Fraktion. Von unserer Seite wurden diese Angriffe scharf, aber sachlich zurückgewiesen. Auch die Vorlage betr. Erhöhung der Besoldung und Einführung des Mitbestimmungsrechts für Bureauhilfsarbeiter fand Annahme, nachdem von konservativer Seite nochmals eine Verschleppung der Sache durch Rückverweisung an den Ausschuß versucht worden war. Die Vorlagen betr. Beihilfe an einen privaten Sportklub und an den Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen gaben unserem Fraktionsredner Gelegenheit, energisch für die Freie Turnerschaft und Schwimmerschaft einzutreten, die in den Vorjahren nie zu ihrem Rechte gekommen wären. Von einer Einlegung von Sommerferien wurde entsprechend dem Vorschlag des Ältesten-Ausschusses Abstand genommen.

Niederschöneweide. In der Gemeindevertretersitzung vom 18. Juni verließ die Gemeindevertretung der U. S. P. D. geschlossen den Sitzungssaal aus folgenden Gründen:

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 17. Juni hatte die S. P. D. in Niederschöneweide einen Bericht über die letzte Gemeindevertretersitzung veröffentlicht, der bewußt Tatsachen entstellt. Gegen diese Verleumdung müssen wir uns wehren, indem wir uns an die Oeffentlichkeit wenden. In einer öffentlichen Volksversammlung, welche in den nächsten Tagen stattfindet, wird die S. P. D. Gelegenheit haben, sich für diese Behauptungen zu verantworten. Bis dahin lehnen wir jede Mitarbeit in der Gemeindevertretung und in den Kommissionen ab. Die Fraktion der U. S. P. D. J. A.: Felix Müller.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Heute erschien

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 8

Aus dem Inhalt:

Eine Denkschrift der Reichswehr über die Kämpfe mit der Arbeiterschaft (Mit zwei Aufmarschplänen)

Gedenkfeier in Moskau (2 Bilder)

Tolstoi: Gegen Todesstrafe und Weißen Schrecken

Trotzki — Leviné

Ernst Stern: Die Autos am 9. November.

Tolstoi: Der Teufel / Bilder, Karikaturen usw.

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60
Juli/September „ 2.50

Nr. 1—7 können noch nachgeliefert werden.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer

Paul Klausnitzer,

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 206, am 18. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M. nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bestoßer

Albert Schultz,

Höchstestr. 25, am 16. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Hapagene-Wagen-Verleih-Institut

Zentrale: Berlin NW 87, Waldstraße 23—24 und Zweigstellen: Braunsberger Straße 43, Martin-Luther-Straße 72, Charlottenburg, Potsdamer Straße 6, Berliner Straße 77, Alt-Moabit 86b, Frankfurter Allee 334, Beusselstraße 44 E, verleihen zur Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen an Behörden, Schulen, Geschäftsleute und Private usw. die extra stahl gebauten, von 4—16 Zentner tragfähigen „Hapagene“-Leiter-, Schub- u. Plattenwagen für eine Leihgebühr von 0,30 bis 1.— Mk. pro Stunde. Beste und billigste Transportgelegenheit, weil auch von Kindern die Wagen gezogen werden können. Als Legitimation sind behördlicher Ausweis und Mietskontrakt usw. mitzubringen. Jeder Geschäftsmann kann sich durch den Erwerb der Hapagene-Wagen, durch Verkauf derselben und durch Verleihen hochlohnende Nebenexistenz verschaffen. Zur Zeit beste Kapitalsanlage, auch im Großen betrieben.

Annehmen oder Ablehnen

Mit Beiträgen von
K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod,
A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.

Preis 50 Pfennig

Diese Schrift erklärt und rechtfertigt den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage.

Gegen Einsendung von 55 Pfennig zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. in Berlin NW 6 Abteilung Buchhandel — Schiffbauerdamm 19

Einen Posten **Küchen** 7teilig, prima lackiert von M. 395,— an. Gedieg. Verarbeitung! **Stolzmann,** Belle-Alliancestraße 108. Zahlungserleichterung auf Wunsch.

Achtung! Die Spedition von Trapp ist verlegt von Plesser Str. 4 nach Plesser Str. 1 Laden.

Mehrere Boten oder Botinnen für das Austragen der Freiheit in Potsdam sofort gesucht. Spedition Josef Dobmann, Potsdam, Kaiser Wilhelmstr. 38, II. 1.

300 Belohnung. Hellbrauner Rehpinscher mit Geschirr, Berliner Steuermarke 6703, in Steglitz entlaufen. Abzugeben: Frau Margarete, Alexanderstr. 8, Hof IV.

Eine Ladeneinrichtung passend für Bäckerei, Konditoreigeschäft, mit Marmorplatte zu verkaufen. Näheres Lichtenberg, Prinz-Albertstr.

Spiralbohrer, ... kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. ..., am Bahnhof Schönholz, Reinickendorf.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstraße 12 c.

3. Teil Der Hund von Baskerville.

Tscherkessenblut.

Ein Drama von Liebe und Leidenschaft.
Bis Donnerstag täglich ½5—8 Uhr.

Achtung Wilmersdorf. Die Spedition Bonnecke, Gieselerstr. 25, wird vom 15. Juni ab nach der Augustastrasse 60, Ecke Hindenburgstr., verlegt.

Achtung! Die Spedition Reck, Blankenburg ist zu SCHEER, Blankenburg, Bahnhofstr. 24a verlegt.

... zuverl. Botenfrau ... nichte Tür, verl. Spedition ...terskiker, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 6a.

Botenfrauen werden sofort eingestellt Spedition Döring, Steinmetzstr. 23.